

vorwärts HESSEN

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES UND DER SPD-FRAKTION HESSEN

JULI-AUGUST 2010

ROLAND KOCH GEHT – DIE POLITIK VON GESTERN BLEIBT

Thorsten Schäfer-Gümbel, SPD-Landesvorsitzender

Einer geht, einer kommt. Aber die Politik von gestern bleibt. So lässt sich der Wechsel im Amt des Hessischen Ministerpräsidenten von Roland Koch zu Volker Bouffier in wenigen Worten zusammenfassen.

Roland Koch kapituliert vor dem selbst angerichteten Scherbenhaufen und flieht vor der Verantwortung. Respekt hat er dafür nicht verdient, denn man kann nicht erst um den Wählerauftrag bitten und ihn dann den Wählern einfach vor die Füße werfen, wenn die Aufgabe zu schwierig wird. Roland Koch gibt unvermittelt ein Amt auf, für das er mit harten Bandagen gekämpft hat. Für das er vom Schwarzgeldeinsatz bis zur dumpfen Fremdenfeindlichkeit alle Register gezogen hat.

Nun könnte damit ja die Hoffnung verbunden sein, dass sich etwas zum Guten ändert in der hessischen Landespolitik. Aber der Neue ist ein alter Bekannter. Volker Bouffier hat sich mit vielen Affären den Ruf als Skandalminister Nummer eins erworben. Beim Ausländerrecht und Polizeirecht ein Hardliner; im Umgang mit den Mitarbeitern des Landes hat er die Politik nach Gutsherrenart verkörpert. Mit modernen, zukunftsfähigen Konzepten ist er hingegen nicht aufgefallen.

Volker Bouffier steht wie Roland Koch und die gesamte hessische CDU-Führung für den Machterhalt um seiner selbst willen, nicht um zu gestalten.

Dabei gäbe es so viel zu tun: Die Chancengleichheit in der Bildung voranbringen, die Energiewende gestalten, das soziale Netz neu knüpfen, für anständige Beschäftigungsverhältnisse und Löhne kämpfen, den Mittelstand fördern und die Finanzen des Landes stabilisieren, um nur einige Aufgaben zu nennen, die dringend angepackt werden müssen. Doch leider gibt es nur wenig Hoffnung, dass die politische Schläfrigkeit von Schwarz-Gelb durch Roland Kochs Abgang beendet wird. ■



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel forderte Volker Bouffier (CDU) auf, endlich eine auf Chancengleichheit ausgerichtete Bildungspolitik in Hessen umzusetzen.

SEHR GEEHRTER HERR MINISTERPRÄSIDENT, LIEBER HERR KOCH,



ob Sie den freitäglichen „Koch der Woche“ zur Kenntnis genommen haben, weiß ich nicht. Ihr Generalsekretär Peter Beuth hingegen schon. Das hat mir mein Kollege selbst gesagt. Er hat sich über die Kolumne ziemlich aufgeregt. Das gefällt mir! Ich gebe zu, dass Sie es mir immer recht einfach gemacht haben. **So richtig gut gelaufen ist es bei Ihnen in den vergangenen Jahren ja nun wirklich nicht.** Das dürften Sie selbst zugeben.

Um Ausreden waren Sie ja nie verlegen. **Wenn es in Hessen schief lief, war im Zweifelsfall immer die böse SPD an allem schuld.** Wir sind zwar seit 1999 in der Opposition – leider –, aber dass es mit den versprochenen Autobahnen nicht weitergeht, ist Ihres Erachtens auf das Konto der bösen Sozis zu buchen.

Seien Sie ehrlich: So richtig Lust auf das Amt und Ihre schöne Staatskanzlei hatten Sie seit geraumer Zeit nicht mehr. Das haben wir Ihnen ja auch oft genug vorgeworfen. Wenn ich jetzt Ihr Generalsekretär wäre und ein Sozi so kreativ mit der Wahrheit umgegangen wäre, hätte ich den von morgens bis abends der Lüge geziehen. **Lügen-Koch! Das darf man ja auch sagen.** An die jüdischen Vermächtnisse erinnern Sie sich bestimmt noch. Das war ziemlich mies und unanständig. Sie haben es politisch überlebt. Mir hat das keinen Respekt eingeflößt. Das Gegenteil ist der Fall.

Sie wollen jetzt gehen. **Wobei das ja nicht so ganz stimmt. Mit Volker Bouffier, den Sie wohl liebevoll Buffi zu nennen pflegen, bleibt ja alles beim Alten.** Ob Wetterauer Tankstelle oder Anden, der war immer mit dabei. Ausgeb(o)ufft ist er. Hat immerhin bislang drei Untersuchungsausschüsse überstanden. Ihre Lieblingsnachfolgerin Silke Lautenschläger ist im Bermudadreieck zwischen Windkraftanlagen, Gammelfleisch und Milchquoten verschwunden.

„Niemals geht man so ganz ...“, So sang die Trude Herr. Sie, lieber Herr Koch, bleiben uns faktisch erhalten. Insofern gräme ich mich nicht. Es dürfte auch mit einem CDU-Landeschef und Ministerpräsidenten Volker Bouffier reichlich Stoff für meine wöchentliche Kolumne geben.

In diesem Sinne ein herzliches „Glück auf!“,

Ihr Michael Roth
Generalsekretär

IN DIESER AUSGABE:

SOZIALE GERECHTIGKEIT, BILDUNG UND ENERGIEWENDE.....	II
MITARBEITERKONVENT IN FULDA.....	III
SPD-FRAKTIONSCLAUSUR IN WEIMAR.....	V
HESSISCHER LANDTAG AKTUELL.....	VI
50. HESSENTAG IN STADTALLENDORF.....	VII
DR. JOACHIM GAUCK IN WIESBADEN.....	VIII



Gisela Stang,
stellvertretende SPD-
Landesvorsitzende

„OHNE MEINE STADT IST KEIN STAAT ZU MACHEN.“

In unseren Kommunen wird das Leben der Menschen maßgeblich bestimmt und gestaltet: die neue Kindertagesstätte, die zusätzlichen Krabbelplätze, das Jugendhaus, die Deutschkurse für Migranten, die Stadtbücherei, den Fußballplatz, die Turnhalle, die geregelte Müllabfuhr, und, und, und.

Dies alles steht auf der Kippe. Durch die Finanzkrise, durch die von CDU und FDP beschlossene Steuersenkungen und die zusätzliche Kürzung der kommunalen Steuerbeteiligungen nimmt man den hessischen Städten und Gemeinden die Grundlage für ihre Arbeit. 2011 werden die Städte und Gemeinden im Vergleich zu 2008 jeden vierten Euro an Steuereinnahmen verlieren. Angesichts eines solchen Minus und der Vielzahl der Pflichtaufgaben sind alle Bemühungen der Kommunen reine Kosmetik. Es geht an die Grundfesten der kommunalen Selbstverwaltung. Aus diesem Grund müssen wir bei den Kommunalwahlen im nächsten Jahr dieser Politik von CDU und FDP die rote Karte zeigen. ■

SOZIALE GERECHTIGKEIT, BILDUNG UND ENERGIEWENDE

Zur Kommunalwahl Konzepte aus der Mitte der Partei – Interview mit Generalsekretär Michael Roth

Vorwärts Hessen: *Kommunale Selbstverwaltung – was hat das mit sozialer Gerechtigkeit zu tun?*

Michael Roth: Sehr viel. In den Städten und Gemeinden spüren Menschen konkret die Folgen von guter oder schlechter Politik. Hier werden Schwimmbäder, Vereinshäuser oder Theater unterhalten, Ganztagschulen eingerichtet und eine funktionierende Schulsozialarbeit organisiert – oder eben nicht. Wer jetzt wie die schwarz-gelben Regierungen in Bund und Land die Axt an die kommunale Selbstverwaltung legt und ihre Spielräume weiter beschneidet, gefährdet auch die soziale Gerechtigkeit in unserem Land.

Vorwärts: *Der Landesverband hat Inhalte und Konzepte zur Kommunalwahl in Leitlinien zusammengefasst. Was ist daran hessengerecht?*

Michael Roth: Gerechtigkeit ist unser Markenkern. Wir zeigen konkret auf, was das vor Ort heißt. Wir entwickeln Perspektiven. In unserer Partei haben wir einen riesigen Schatz an Erfahrung und Kompetenz. Unsere Konzepte für lebenswerte Kommunen kommen aus der Mitte der Partei und werden von Genossen und Genossinnen mit bewährten Projekten vor Ort mit Leben gefüllt. Die Landtagsfraktion, Bezirke, Arbeitsgemeinschaften und Foren haben sich beteiligt. Ein besonderes Dankeschön an die SGK Hessen für ihre Beiträge. Jetzt werden wir unser Programm diskutieren. Und alle sind zum Mitmachen eingeladen – sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Partei.



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

Vorwärts: *Mit welchen Themen können die Gliederungen der SPD bei der Wahl erfolgreich sein?*

Michael Roth: Die Kommunalwahl wird eine Volksabstimmung über die gelebte Demokratie. Wir stehen erstens ein für soziale Gerechtigkeit, die von handlungsfähigen Kommunen sichergestellt wird. Zweitens bieten wir Familienfreundlichkeit und gute Bildung von Anfang an. Drittens treiben wir die Wende hin zu sicherer, sauberer und günstiger Energie voran. Das schafft viele Arbeitsplätze vor Ort.

Vorwärts: *Was dürfen wir vom neuen Mann, Volker Bouffier, erwarten? Sparen? Neue Schuldenrekorde? Oder bleibt alles beim Alten?*

Michael Roth: Roland Koch hat ja kurz vor seinem Abgang angekündigt, auch bei der Bildung zu sparen. Volker Bouffier hat dies ausdrücklich bestätigt. Mit uns wird es keinen Rotstift bei Bildung und Familie geben! Auf dem neuen Spitzenmann der CDU steht zwar Volker Bouffier drauf, drinnen ist aber immer noch der alte Roland Koch. Ich war über den Parteitagsauftritt von Skandalminister Bouffier entsetzt: ausgelugt, ideen- und konzeptlos. Diesem Anfang wohnt nun wirklich kein Zauber inne.

Vorwärts: *Die Umfragewerte für Schwarz-Gelb sind im Sinkflug.*

Michael Roth: Kein Wunder, ich hätte nicht für möglich gehalten, dass bei dem vermeintlichen Traumpaar Schwarz-Gelb so schnell bereits bürgerkriegsähnliche Zustände herrschen. Wir haben eine Kanzlerin, die unfähig zur Führung ist, und einen Guido Westerwelle, der krampfhaft an seiner neoliberalen Ideologie festhält. Katastrophal für unser Land! Wir haben da klare Alternativen.

Vorwärts: *Glaubt die SPD schon wieder an die alte Stärke?*

Michael Roth: Wir werden nicht automatisch durch die Schwäche der anderen wieder stärker. Wir müssen Vertrauen zurückgewinnen, unser Programm weiterentwickeln und auch mutig da korrigieren, wo es notwendig ist. Wir brauchen spannende Diskussionen in der Partei und eine Öffnung nach außen. Programmatisch machen wir nach unserem Konzept „Arbeit und Gerechtigkeit“ jetzt mit den Leitlinien zur Kommunalwahl den nächsten Schritt. ■

MITDISKUTIEREN – DER WEG ZUR KOMMUNALWAHL

Der Landesparteirat hat Ende Mai Eckpunkte für die Kommunalwahl am 27. März 2011 beschlossen. Diese werden jetzt innerhalb und außerhalb der Partei intensiv diskutiert. Wenn Du Ergänzungsvorschläge hast, schick sie bitte an die Landesgeschäftsstelle. Der Meinungsbildungsprozess mündet in eine Wahlplattform, die dem Landesparteitag am 27. November 2010 vorgelegt wird. Die Eckpunkte behandeln die Themen, die von grundsätzlicher Bedeutung sind. Die SPD-Gliederungen werden in den Kommunen eigene Wahlprogramme aufstellen.

Wer die Eckpunkte per Post zugeschickt haben will, kontaktiert bitte die Landesgeschäftsstelle (Tel. 0611-9 99770) oder landesverband.hessen@spd.de. ■

AUS DEM INHALT

- Bildungs- und familienfreundliche Kommunen: Zentrales Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik bleiben Chancengleichheit und individuelle Förderung,
- Stärkung der direkten Demokratie durch die Erleichterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, neue Beteiligungsformen wie den Bürgerhaushalt,
- eine Politik für lebenswerte Städte, die der sozialen Spaltung entgegenwirkt und Integration erleichtert,
- regionale Entwicklungsstrategien, um gleichwertige Lebensverhältnisse auch im ländlichen Raum zu wahren,
- eine Vorbildfunktion der Kommunen bei der Energiewende, um Chancen für nachhaltiges Wirtschaften sowie neue Arbeitsplätze zu realisieren.



SPD-MITARBEITER DISKUTIEREN MIT BUNDESGESCHÄFTSFÜHRERIN

Rund 70 haupt- und nebenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren Ende Mai zum zweiten Mitarbeiterkonvent nach Fulda gekommen. Im Blickpunkt: die Kommunalwahl 2011. Den Weg dorthin erklärte Thorsten Schäfer-Gümbel. „Wir können trotz unserer verringerten Ressourcen unsere politischen Handlungsspielräume erweitern“, machte Generalsekretär Michael Roth Mut. Bundesgeschäftsführer



erin Astrid Klug warb in einer energiegeladenen Rede für den Neuaufbau der SPD und berichtete von der Arbeit im Willy-Brandt-Haus. In Workshops zu Pressearbeit, Internetredaktion, Druckportal und Recht wurden konkretes Wissen und Können vermittelt. Auch nächstes Jahr wird es wieder ein Treffen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abgeordneten, Fraktionen und Unterbezirke geben. ■

Einmal im Jahr kommen alle SPD-Mitarbeiter zu einem Konvent zusammen.

FOTO: OLIVER SCHOPP

CHANCEN AUS DER FINANZKRISE – FORUM WIRTSCHAFT UND FINANZMARKT

Die Krise in Griechenland, die Folgen für die Währungsunion und eine bessere Regulierung der Finanzmärkte, waren Themen beim Wirtschafts- und Finanzforum Mitte Mai. Rund 60 Manager, Geschäftsführer, Personalverantwortliche und Selbstständige waren in den Frankfurter Presseclub gekommen. Die Teilnehmer diskutierten mit dem Referenten Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, Vizepräsident der Europäischen



Im Dialog mit Managern, Wirtschafts- und Finanzfachleuten

FOTO: OLIVER SCHOPP

Investitionsbank, die Notwendigkeit einer Finanztransaktionssteuer, eine höhere Eigenkapitalausstattung der Banken und die Einrichtung eines Bankenfonds. „Eine Krise kann auch eine Chance für eine bessere Regulierung sein“, forderte Kollatz-Ahnen. Jetzt müsse man die Chance für eine europaweite Regelung nutzen, auch um die Realwirtschaft zu stärken. Zu Beginn seines Vortrags erinnerte er an die einzelnen Bedingungen der Gemeinschaftswährung. „Deutschland war und ist ein Profiteur des Euro“, unterstrich er. Kollatz-Ahnen skizzierte den Verlauf von Krisen und schilderte Reaktions- und Handlungsmöglichkeiten von Banken, Staaten und der EU. Im Forum „Wirtschaft und Finanzmarkt“ treten Funktions- und Mandatsträger der SPD in Dialog mit Experten der Wirtschafts- und Finanzwelt. Geleitet wird es von Thorsten Schäfer-Gümbel, Sven Herzberg und Harald Christ. In Arbeitsgruppen geht es jetzt um einzelne Felder wie den „Finanzplatz Frankfurt“ oder „Industriepolitik“ sowie um einzelne Branchen wie Logistik und Mobilität oder Kreativwirtschaft. ■

ARMUT IST EIN ARMUTSZEUGNIS FÜR UNS

Die Stärke einer Gesellschaft misst sich am Wohl der Schwachen“, zitierte Dr. Wolfgang Gern Helmut Simon beim Forum „Kirche und Politik“. Armut in einem der reichsten Länder sei selbst gemacht. Sie sei das Resultat von bestimmten Entscheidungen, bezog er klar Position. Das Forum „Kirche und Politik“ war Ende April zu Gast beim Vorsitzenden des Diakonischen Werks Hessen-Nassau. Gemeinsam diskutierten Genossen mit Kirchenvertretern über soziale Gerechtigkeit, Ausgrenzung, Kinder- und Bildungsarmut sowie die notwendigen Rezepte dagegen – auch mit Blick auf SPD-Entscheidungen bei den Arbeitsmarktreformen.

Weitere Themen beim Austausch zwischen den Kirchen und der Partei waren Missbrauchsfälle und mögliche Präventionsmaßnahmen. Die Forumsmitglieder vereinbarten die weitere Zusammenarbeit, u. a. wird es eine Diskussionsveranstaltung mit Erhard Eppler am 27. September geben. ■

SPORTFORUM DISKUTIERT ÜBER SCHULE, JUGEND UND SPORT

Seine Polizeiakte war dicker als die Bibel. So beschreibt Ernes Kalac, Gründer des Kampfsportvereins Lotus Eppertshausen, die Vorgeschichte eines Jugendlichen, um an dessen Beispiel die Möglichkeiten der Integration durch Sport aufzuzeigen. Er machte den Jungen zum Europameister und zu einem Vorzeigethleten, der heute Kurse zur Gewaltprävention an Schulen leitet.

Rund 80 Teilnehmer aus Politik, Schulen und Vereinen tagten am 19. Juni in

Frankfurt, um über die SPD-Sportpolitik und Sport in den Kommunalwahlprogrammen zu sprechen. Scharfe Kritik wurde an der G8-Schulreform der Landesregierung laut: Durch die Verdichtung der Lerninhalte in der Mittelstufe werden Jugendliche vom Engagement im Sportverein abgehalten. Zuvor hatte bereits der Sportwissenschaftler Klaus Bös bedenklige Entwicklungen bei Kindern auf-



Professor Klaus Bös

FOTO: INSTITUT FÜR SPORT UND SPORTWISSENSCHAFT GÄKESRUHE

gezeigt. Ausführlich diskutiert wurde über die Möglichkeiten der Kooperationen zwischen Schulen und Sportvereinen, die auch im SPD-Ganztagsschulkonzept Haus der Bildung vorgeesehen sind.

Wer Ergebnisse und Einladungen des Sportforums haben möchte, kann unter der E-Mail sportforum@spd-hessen.de einen Newsletter abonnieren. ■

KEIN ROTSTIFT BEI BILDUNG UND FAMILIE

AKTIONSTAG AM 17. AUGUST

Jetzt kommt die Katze aus dem Sack: CDU und FDP wollen offenkundig die von ihnen zu großen Teilen selbst verschuldete Haushaltslücke zum Anlass nehmen, um bei Kitas, Schulen und Hochschulen kräftig zu kürzen. Wer Milliarden Euro für Klientelgeschenke und unsinnige Ausgaben wie das Betreuungsgeld („Kita-Fernhalteprämie“) im Koalitionsvertrag durchwinkt und sich gleichzeitig weigert, die Profiteure der Finanzindustrie angemessen an den Kosten zu beteiligen, der darf Kindern die zwingend notwendigen Mittel für mehr Chancengleichheit nicht verweigern.

Wir wollen auch in diesem Jahr in Hessen den Schuljahresbeginn nutzen, um auf unsere bildungspolitischen Forderungen hinzuweisen. Wir bitten deshalb alle SPD-Gliederungen, sich am Aktionstag der Hessen-SPD „Kein Rotstift bei Bildung und Familie“ am 17. August, dem zweiten Tag nach den Sommerferien, zu beteiligen, zum Beispiel mit:

- Infoständen und Abendveranstaltungen,
 - Terminen und Veranstaltungen bei Bildungsträgern,
 - Anträgen und Anfragen in den Kommunalparlamenten, Pressearbeit,
 - „Schulstart-Aktionen“, wo neu eingeschulte Kinder bzw. deren Eltern mit Brotboxen, Reflektorbärschen, Ernährungstipps und Buntstiftsets begrüßt werden.
- Wir bieten wieder eine Reihe von Give-aways und Materialien an. Die Bestellfrist für Material endet am 8. Juli. Weitere Infos und Unterstützung: Michael Fraenkel, Tel. 0611-99 77 38, E-Mail: michael.fraenkel@spd.de

WIR GRATULIEREN

unseren Bürgermeistern:

ANDREAS SCHULZ
Ebsdorfergrund

FALKO FRITZSCH
Schlüchtern

MICHAEL GÖLLNER
Hammersbach

ANTJE KÖSTER
Hattersheim am Main

MANFRED KOCH
Kirchheim

MICHAEL STEISEL
Söhrewald

WILLI KREDEL
Brombachtal

Der Unterbezirksparteitag der Darmstädter SPD wählte am 19. Juni **HANNO BENZ** zum neuen Vorsitzenden und dankte dem scheidenden Vorsitzenden Wolfgang Glenz.

KAMPAGNE „G8 – SO NICHT“ SAMMELT ÜBER 51.000 UNTERSCHRIFTEN

Der Landeselternbeirat und die Landesschülervertretung haben für ihre Petition gegen die auf acht Jahre verkürzte Schulzeit an Gymnasien (G8) in Hessen 51 773 Unterschriften gesammelt. Die Verkürzung des gymnasialen Bildungsganges in der Sekundarstufe I unter G8 ist nach Auffassung der Vorsitzenden des Landeselternbeirats Kerstin Geis (46) und des Landesschulsprechers Tim Huß (17) gescheitert. Der hohe Zuspruch aus der Bevölkerung sei ein klarer Handlungsauftrag an die Landesregierung, G8 umgehend zu reformieren. Sie forderten Kultusministerin Dorothea Henzler (FDP) auf, sich zügig mit den Forderungen der Schüler und Eltern auseinanderzusetzen.

DIE KOMMUNALE FAMILIE HESSEN ZU GAST IN BERLIN

Aus Sicht der hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten legt Schwarz-Gelb in Berlin und Wiesbaden die Axt an die kommunale Selbstverwaltung. „Gegen die kommunalfeindliche Politik der Koch-Regierung und eine Streichlisten-Politik auf Bun-

desebene, die die Kommunen schwer belastet, wollen wir deutliche Akzente setzen und aktiv gegensteuern“, sagte der Sprecher der SPD-Landesgruppe Hessen im Deutschen Bundestag, Michael Roth. Er stimmte darin mit den Vertretern der kommunalen Familie aus Hessen über-

ein, die die Landesgruppe nach Berlin zu einem Meinungsaustausch eingeladen hatte. SPD-Landeschef Thorsten Schäfer-Gümbel und Bernd Scheelen, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, mahnten an, die Kommunen als Basis gesellschaftlichen Zusammenlebens nicht zu vernachlässigen. Im Mittelpunkt der Diskussion standen die Themen Kommunal Finanzen, gleichwertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und Land sowie eine aktive Gestaltung des demografischen Wandels. ■



v. l. n. r.: stehend: Dr. Jürgen Barthel, Stadtkämmerer Kassel; Wolfgang Schuster, Landrat Lahn-Dill-Kreis; Bernd Scheelen, MdB; Landesgruppensprecher Michael Roth, MdB; Gerold Reichenbach, MdB; Dr. Edgar Franke, MdB; Michael Polzhuber und Jasmin Nielas von „Jugend und Parlament“; sitzend: Karl-Christian Schlezke, Hessischer Städte- und Gemeindebund; Tobias Eckert; Ulrike Gottschalck, MdB; Nancy Faeser, MdL

LANDESAKTIONSWOCHE FÜR BÜRGERSCHAFT- LICHES ENGAGEMENT

Eine Woche für das ehrenamtliche Engagement in Hessen: Der Landesvorstand ruft alle SPD-Gliederungen, Amts- und Mandatsträger auf, sich an der Landesaktionswoche 2010 „Woche für das bürgerschaftliche Engagement“ zu beteiligen. Sie findet vom 5. bis 12. Dezember statt.

Bürgerschaftliches Engagement ist der „Kitt“ der Gesellschaft: Jeder dritte Bürger engagiert sich. Im Rahmen der Landesaktionswoche 2010 wird die SPD in Hessen versuchen, mit vielen Menschen aus dem Bereich des bürgerschaftlichen Engagements ins Gespräch zu kommen, die Anerkennung der SPD für die ehrenamtlich Aktiven auszudrücken und sich an unterschiedlichsten ehrenamtlichen Aktivitäten zu beteiligen. Im Rahmen der Aktionswoche sollen aktuelle Probleme des ehrenamtlichen Engagements thematisiert und Lösungsansätze aufgezeigt werden.

Ausführliche Infos, Termine und Aktionsvorschläge gehen allen Ortsvereinen und -bezirken nach der Sommerpause zu. ■

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG

Gemäß § 4 Absatz 5 der Satzung des Landesverbands Hessen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird hiermit bekannt gegeben, dass der nächste ordentliche Parteitag stattfindet am:

**Samstag, den 27. November 2010,
Beginn: 10 Uhr,
Kongresshalle Gießen**

Gegenstände des Parteitags sind neben den Berichten des Landesvorstands die Vorbereitungen der Kommunalwahl am 27. März 2011 und die Beratung und Beschlussfassung von Anträgen. Anträge zum Landesparteitag müssen schriftlich bis spätestens 16. Oktober 2010 in der Geschäftsstelle des SPD-Landesverbands (Rheinstraße 22, 65185 Wiesbaden) eingegangen sein. (Poststempel)

VERANSTALTUNGEN DER FRIEDRICH- EBERT-STIFTUNG (FES) HESSEN

Forum Wissenschaft und Politik: Wer regiert die Stadt? Der Wandel der Kommunalpolitik
01.07., 18.00 Uhr, Kassel

Managerkreis Rhein-Main:
Gibt es eine Kreditklemme?
01.07., 18.00 Uhr, Wiesbaden-Biebrich

Engagement im Ehrenamt: Rhetorik-Grundlagen, Keine Angst vor freiem Sprechen
27./28.08., 34362 Hofgeismar,
Evangelische Akademie Kurhessen-Waldeck

Engagement im Ehrenamt:
Stimmführung, Stimmbildung, Sprechtechnik und Sprachbewusstsein
27./28.08., Bildungsstätte Steinbach,
Waldstraße 31, 61449 Steinbach

Managerkreis Rhein-Main:
Sind wir ganz sauber?
09.09., 18.00 Uhr, Frankfurt, Presseclub

Datenschutz im Internet durch Unternehmen
21.09., 19.00h, Wiesbaden, Kulturforum

Weitere Infos: Landesbüro Hessen, Große Bleiche 18-20, 55116 Mainz, Tel.: 0 61 31/97 12 40, www.fes.de/hessen

VERANSTALTUNG DER AKADEMIE FÜR KOMMUNALPOLITIK (AFK) HESSEN

Fit für 2011 – die Kommunalwahl im Visier! Auch die Kommunalpolitik hat sich in den letzten Jahren nachhaltig verändert. Neben einer hohen Fachkompetenz sind heute weitere Qualifikationen gefordert: Kommunalpolitik muss strategisch ausgerichtet sein, wir müssen uns stärker auf Ergebnisse orientieren und die vielfältigen Herausforderungen meistern und managen können. Bürger sind selbstbewusst und fordern eine qualifizierte Kommunikation.

Aus diesem Grund bieten wir in diesem Jahr die Veranstaltungsreihe „Fit für 2011 – die Kommunalwahl im Visier!“ an. Die Veranstaltungsreihe besteht aus drei Angebotsblöcken an drei Wochenenden:

Wochenende I (Grundlagen)

Grundlagen der Kommunalpolitik (Stefan Scholl/Ruven Zeuschner) und Pressearbeit/Um-gang mit Medien (Michael Siebel)

Wochenende II (Haushalt und Planung)

Doppik (Dr. Jürgen Barthel) und Bau- und Planungsrecht (Ernst Peter Layer)

Wochenende III (die Politiker/-innen)

Zeit- und Selbstmanagement (Michael Siebel) und Persönliche Performance (Sylvia Hornung)

Termine: 21./22. August, 11./12. September, 25./26. September

Ort: ver.di-Bildungszentrum Gladenbach
Teilnahmebeitrag: 300 € (inklusive Übernachtung und VOLLPENSION)

Weitere Infos: Tel.: 06 11/9 99 77 33,
E-Mail: info@afk-akademie.de,
www.afk-akademie.de

KEINE BILDUNGSPOLITIK NACH KASSENLAGE

KLAUSURTAGUNG DER SPD-FRAKTION IN WEIMAR

Anfang Mai zog die SPD-Fraktion bei ihrer Frühlingsklausur in Weimar eine „insgesamt erfreuliche“ Zwischenbilanz. Die strategische Festlegung auf das „Prinzip der Sachlichkeit“ trage, so der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. In vielen Bereichen sei die SPD-Fraktion Schrittmacher der Diskussion geworden. Dazu zählte er die Gesetzentwürfe für den Vorrang erneuerbarer Energien als auch zur Zusammenführung des öffentlichen und privaten Datenschutzes, die konsequente bildungspolitische Positionierung mit dem „Haus der Bildung“, neue Konzepte für den ländlichen Raum und die Stärkung des Mittelstands als auch die Einsetzung der Enquetekommission „Integration“. Hohe mediale Aufmerksamkeit erfahren die von SPD und Grünen eingesetzten Untersuchungsausschüsse zur Polizeichef-Affäre von Bouffier und zum Mobbingkandal in der Finanzverwaltung. „Wir treiben die ausgebrannte Regierung Koch, deren Amtsmüdigkeit wie ein Schleier über Hessen liegt“, so Schäfer-Gümbel.

Schuldenbremse kein Selbstzweck

Ein Schwerpunkt der Fraktionsklausur war die künftige Finanzpolitik im Zeichen der ab 2020 geltenden Schuldenbremse. Prof. Dr. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und einer der „fünf Wirtschaftsweisen“, fand für seine Forderung, dass die Schulden-



Treffen der SPD-Fraktion mit dem stellvertretenden Thüringer Ministerpräsidenten Christoph Matschie in Weimar.

bremse nicht in den Minimalstaat führen dürfe, die Zustimmung der SPD-Fraktion. Bofinger forderte, dass die Schuldenbremse weder „zur Bildungsbremse noch zur Infrastrukturbremse oder zur Sicherheitsbremse“ werden dürfe. Für weitere Steuersenkungen bestehe überhaupt kein Spielraum. Mit ihrer Zustimmung zum sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das das Land Hessen und seine Kommunen in den kommenden vier Jahren 1,14 Mrd. Euro koste, habe die Landesregierung die finanzpolitische Situation drastisch verschärft.

Ausbau der Hochschulkapazitäten

Eine „Bildungspolitik nach Kassenlage“ wurde von der SPD-Fraktion abgelehnt. Sie koste Zukunftschancen und schädige

die wichtigste Ressource, die gute Ausbildung junger Menschen. Aus diesem Grunde beschlossen die Landtagsabgeordneten ein Konzept, das die Kapazitäten an den hessischen Hochschulen in den kommenden fünf Jahren um über 20 Prozent ausweitet. Bis zum Jahr 2014 sollen mehr als 21.500 zusätzliche Studienplätze geschaffen werden. Rund 57 Mio. Euro sollen über die vorgesehenen Mittel im Haushalt hinaus bereitgestellt werden, um auf die dramatische Unterfinanzierung der Hochschulen und den extremen Druck durch die Doppeljahrgänge der G8-Schulzeitverkürzung zu reagieren.

Klare Abgrenzung der CDU zu Hans-Jürgen Irmer gefordert

Ein weiteres Thema waren die rechtsextremen Äußerungen des Wetzlarer Abgeordneten Hans-Jürgen Irmer (CDU). Die Abgeordneten forderten die CDU-Fraktion auf, sich klar von ihrem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden abzugrenzen. „Es wird Zeit, dass sich die CDU entscheidet, ob sie weiterhin die Verbreitung von rechtsextremem Gedankengut in ihren Reihen duldet.“ ■



Kranzniederlegung in Buchenwald am Denkmal für die Häftlinge des ehemaligen Konzentrationslagers. Überlebende Häftlinge hatten an dieser Stelle nach der Befreiung am 19. April 1945 das erste Denkmal errichtet.



Goethe und Schiller in der Kulturstadt Weimar

PRESESTIMMEN ZU DEN SPAR- VORSCHLÄGEN ...

des bis 31. August amtierenden Ministerpräsidenten Roland Koch (CDU), bei Bildung, Kinderbetreuung und Forschung den Rotstift anzusetzen.

Frankfurter Allgemeine

Der Hessische Ministerpräsident spekuliert gegen die Jugend – und weiß ganz genau, was er da tut.

Süddeutsche Zeitung

Büchner hat 1834 angesichts der furchtbaren sozialen Missstände den Palästen den Krieg und den Hütten den Frieden verkündet. Ministerpräsident Roland Koch macht es in der großen Finanzkrise umgekehrt: Er lässt die Paläste in Frieden und verkündet den Hütten den Krieg.

Frankfurter Rundschau

Roland Koch ist ein kühler kalkulierender Machtpolitiker, und die Modernisierungsverweigerer sind gerade in seinem hessischen CDU-Kampfverband stark vertreten.

WIESBADENER KURIER

Aufgabe der Politik sei es, sagt Roland Koch, Zielkonflikte zu lösen. Und wenn es kein anderer macht, auch die Bundeskanzlerin nicht, dann muss er eben ran.

Frankfurter Neue Presse

Die bayerische Sozialministerin Christine Haderthauer (CSU) reagierte noch schärfer. Wer dies jetzt ins Gespräch bringe, handle wie ein Brandstifter und oute sich als gedanklicher Dinosaurier.

FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN



Nancy Faeser, Mdl.

„POLIZEICHEF-AFFÄRE“

Die Verweigerungshaltung von CDU und FDP, noch vor der Sommerpause Zeugen zu vernehmen und über Beweisanträge zu befinden, lasse sich nur damit begründen, dass mit allen Mitteln verhindert werden soll, Innenminister Bouffier (CDU) vor der geplanten Wahl zum Ministerpräsidenten am 31. August mit der Hypothek einer Zeugen gegenüberstellung zu belasten, zogen Nancy Faeser und Jürgen Frömmrich für SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Untersuchungsausschuss vor der parlamentarischen Sommerpause Bilanz.

Hessens Innenminister Volker Bouffier muss sich wegen einer offensichtlich rechtswidrig erfolgten Berufung des Präsidenten der Bereitschaftspolizei in Wiesbaden einem Untersuchungsausschuss stellen. CDU und FDP haben Mitte Juni im Untersuchungsausschuss zur „Polizeichef-Affäre“ die Gegenüberstellung sowohl von Minister Bouffier (CDU) als auch von Staatssekretär Rhein (CDU) und des Bewerbers um die Stelle des Chefs der Bereitschaftspolizei, Ritter, vertagt. Ebenso vertagt wurde der Antrag auf erneute Befragung der ehemaligen Frauenbeauftragten des Innenministeriums, die ausgesagt hatte, die Leiterin der Personalabteilung des Landespolizeipräsidiums habe von „Rechtswidrigkeit“ der gewünschten Personalmaßnahme gesprochen. „Bouffier wollte von Anfang an seinen Parteifreund durchsetzen. Deshalb ist er auch nicht vor einem Rechtsbruch zurückgeschreckt“, stellte Nancy Faeser fest.

HESSISCHER LANDTAG AKTUELL

Übertragung von Restlaufzeiten auf Biblis ist Vertragsbruch

Die SPD-Fraktion lehnt die Übertragung von Restlaufzeiten des Atomkraftwerkes Stade auf Block A des Atomkraftwerkes Biblis ab. „Die Übertragung von Restlaufzeiten auf das Atomkraftwerk Biblis Block A ist unverantwortlich“, kritisierte der SPD-Abgeordnete Norbert Schmitt. Die SPD fordert, dass die Betreiberfirma RWE auf die Übertragung von Restlaufzeiten auf Block A des AKW Biblis verzichtet. Das Unternehmen hatte sich dazu im Atomkonsens verpflichtet. Der von RWE jetzt eingeleitete Vertragsbruch sei, so Schmitt, „nicht hinnehmbar“.



FOTO: PETER-JUELICH.COM

Es war die größte Demonstration gegen Atomkraft der letzten 20 Jahre. Am 24. April demonstrierten viele Sozialdemokraten gemeinsam mit Thorsten Schäfer-Gümbel und Heidemarie Wiecek-Zeul in der vier Kilometer langen Menschenkette rund um Biblis für die im Atomkonsens vereinbarte Stilllegung des AKWs.

Landespolizeibeauftragter gefordert

Die jüngsten Vorwürfe gegen einzelne Polizisten in leitender Position hätten gezeigt, so die innenpolitische Sprecherin Nancy Faeser, dass die derzeitigen Instrumente zur Führungskultur in der Polizei offenbar versagen. Ein Gesetzentwurf der SPD-Fraktion sah deshalb vor, künftig – ähnlich wie der Wehrbeauftragte bei der Bundeswehr – eine Institution zu schaffen, die es jedem Polizeibeamten ermögliche, sich in Konfliktfällen direkt an eine neutrale Stelle zu wenden. Unterstützung enthielt der Gesetzentwurf der SPD vom Bund Deutscher Kriminalbeamter und dem Landesverband der Deutschen Polizeigewerkschaft. Der Gesetzentwurf wurde von CDU und FDP im Hessischen Landtag jedoch abgelehnt. (Drs. 18/2322)

Sterben von Gerichtsstandorten geht weiter

CDU und FDP haben Mitte Juni entschieden, in Hessen zehn Gerichtsstandorte zu schließen. Die Schließung von fünf Arbeitsgerichten in Bad Hersfeld, Marburg, Wetzlar, Limburg und Hanau sowie von fünf Amtsgerichten in Bad Arolsen, Rotenburg a. d. Fulda, Nidda, Schlüchtern, Usingen und den beiden Zweigstellen in Lauterbach und Eltville bewertete die rechtspolitische Sprecherin Heike Hofmann als „massiven Einschnitt in die Struktur der hessischen Justiz“. Die Streichliste zeige, dass Justizminister Hahn (FDP) und die Landesregierung nicht bereit sind, kostenträchtige und ressourcenbindende Bereiche, wie z. B. SAP und die Neue Verwaltungssteuerung, auf den Prüfstand zu stellen.

Oberstes Ziel Resozialisierung

Seit der Föderalismusreform ist die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug Ländersache. Die SPD hat deshalb einen eigenen Gesetzentwurf zum Erwachsenenstrafvollzug erarbeitet, der die Resozialisierung der Gefangenen und deren komplette Wiedereingliederung in die Gesellschaft vorsieht. Neben dem geschlossenen Vollzug soll der offene Vollzug als eigenständige Vollzugsform erhalten bleiben. Ziel der SPD sei, ein „Höchstmaß an Sicherheit für die Bevölkerung zu schaffen“, so die rechtspolitische Sprecherin Heike Hofmann. (Drs. 18/2323)

Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz begrüßt

Nahezu alle Anzuhörenden und Sachverständigen, die zum Gesetzentwurf der SPD-Fraktion für ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz Stellung nahmen, bestätigten die Notwendigkeit, den Gebäudebestand in die Lösung der Klimaschutzprobleme (CO₂-Reduzierung) und der Energie-Effizienzsteigerung einzubeziehen. „Mehrere Male wurde darauf hingewiesen“, so der umweltpolitische Sprecher Manfred Görig, „dass selbst das eigene Ziel der Regierungskoalition in Hessen von 20 Prozent erneuerbaren Energien bis 2020 ohne Einbeziehung des Gebäudebestandes überhaupt nicht erreichbar ist. Für die SPD sei unverständlich, dass sich CDU und FDP einem Gesetz verschließen, das zur Erreichung ihrer eigenen energiepolitischen Ziele notwendig sei. (Drs.18/2233 zu 18/833)



FOTO: MEHTAP TEKIN

Thorsten Schäfer-Gümbel, Lisa Gnadt und Gernot Grumbach unterstützen die Proteste der Studenten in Wiesbaden.

Wortbruch bei Kinderbetreuung

In einer Sondersitzung des Ausschusses für Arbeit, Familie und Gesundheit räumte Minister Jürgen Banzer (CDU) Mitte Mai ein, dass er sein Versprechen, den Kommunen die Kosten für höhere Personalstandards zur Betreuung von Klein- und Kindergartenkindern zu erstatten, nicht werden einhalten können. Noch im vergangenen Jahr hatte der Minister und seine Staatssekretärin Petra Müller-Klepper (CDU) den Kommunen, die bereits vor dem Stichtag 1. September 2009 Geld in eine bessere frühkindliche Bildung investiert hatten, versprochen, dass sie die Kosten erstattet bekämen. „Die Glaubwürdigkeit des Ministers ist und bleibt damit beschädigt“, kritisierte der familienpolitische Sprecher Gerhard Merz. Die Kommunen, die frühzeitig gehandelt hätten, würden jetzt bestraft. (Drs. 18/2263)



FOTO: PETRA TURSKY-HARTMANN

Am bundesweiten „Girls´ Day“ diskutierten die SPD-Abgeordneten Petra Fuhrmann, Heike Habermann, Heike Hofmann und Lisa Gnadt mit 25 Mädchen und jungen Frauen über Bildung und Ausbildung, Hochschulstudium und Frauenförderung und den Weg von Frauen in die Politik.



50. HESSENTAG IN STADTALLENDORF

SPD-FRAKTION IN DER LANDESAUSSTELLUNG



Über eine Million Menschen besuchten den 50. Hessentag in Stadtallendorf. Zu einem Magneten entwickelte sich für 460.000 Besucher die Landesausstellung in Halle 1, aus der das Hessentagsradio rund um die Uhr mit den Radiomachern der nicht kommerziellen Lokalradios viele Livereportagen sendete.



Luftballons und immer wieder Luftballons – Dr. Thomas Spies in Aktion.



„Ihr habt anscheinend die Lufthoheit.“ Norbert Kartmann (CDU), Präsident des Hessischen Landtags, mit Gerhard Merz und Detlef Ruffert.



Sportliche Auseinandersetzung am Tischkicker zwischen der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden Brigitte Hofmeyer und Innenminister Bouffier (CDU).



Der Hessentag, der dieses Jahr im Zeichen der Integration stand, führt Menschen aller Nationen zusammen.



Lothar Quanz und Ullrich Meßmer gratulieren den Gewinnern des Tischfußball-Team-Cups Mehtap Tekin und Sören Bartol.



Günter Rudolph (SPD) lobte gemeinsam mit Uwe Frankenberger den scheidenden Ministerpräsidenten. „Ihr Abgang war ein echter Koch – gut inszeniert!“



Ein gelungenes Landesfest zwischen Tradition und Moderne



Die SPD-Fraktion begrüßte Bürgermeister Manfred Vollmer (CDU) und das Hessentagspaar Mona Lorena Monzien und Fabian Gies in der Stadthalle.

ALLE FOTOS: PETRA TURSKEY-HARTMANN



v. l. n. r.: Esther Kalveram-Schneider, Günter Rudolph, Hiltrud Wall, Herbert Günther und Frank Steibli

CIAO FRANK STEIBLI

Beim Sommerfest der SPD-Fraktion verabschiedete Thorsten Schäfer-Gümbel den Pressesprecher von Fraktion und Landesverband, Frank Steibli, der Anfang Juni als Leiter Kommunikation zur privatisierten Universitätsklinikum Gießen und Marburg GmbH gewechselt ist. Auf der Hubertushütte am Rande von Wiesbaden dankte der Fraktionsvorsitzende dem 42-Jährigen, der Anfang Mai Vater einer Tochter geworden war, insbesondere für seinen Einsatz in den vergangenen Landtagswahlen. ■

LUDWIG VON FRIEDEBURG 1924-2010

Der am 17. Mai verstorbene frühere Hessische Kultusminister Prof. Dr. Ludwig von Friedeburg galt als Vordenker einer Bildungspolitik, die sich der Verwirklichung der Chancengleichheit verpflichtet fühlte. Von 1969-1974 war von Friedeburg Hessischer Kultusminister, von 1970 bis 1974 Mitglied des Hessischen Landtags und von 1975-2001 Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sozialforschung. Die Sozialdemokratie verliert mit Ludwig von Friedeburg einen der Wegbereiter moderner Bildungspolitik. ■



FOTO: ARCHIV HESS. LANDTAG

DR. HAIDI STRELETZ 1931-2010

Am 16. Juni verstarb die SPD-Politikerin, Zahnärztin und Malerin, Dr. Haidi Streletz. Die ehemalige Abgeordnete gehörte dem Hessischen Landtag von 1974 bis 1995 an und war unter anderem Vorsitzende des Ausschusses für Gleichberechtigung und Frauenfragen. Sie vertrat die SPD-Fraktion im Untersuchungsausschuss Hanauer Nuklearbetriebe und war Sprecherin für Bio- und Gentechnologie. ■



FOTO: ARCHIV HESS. LANDTAG

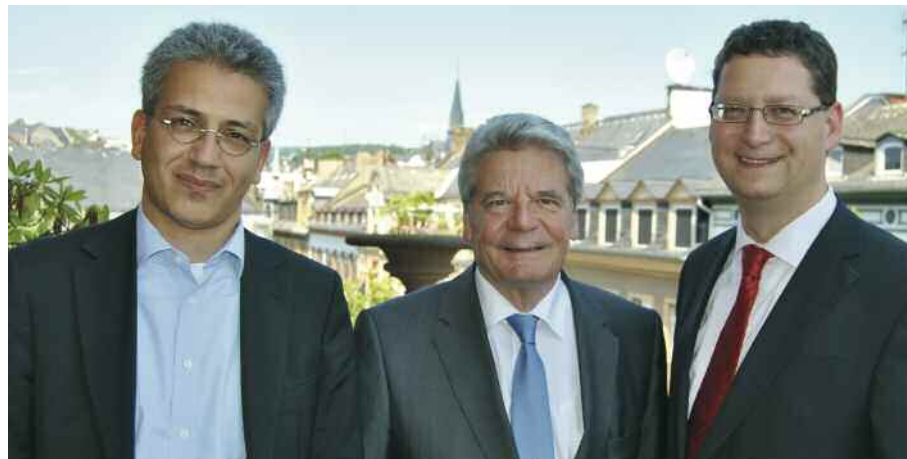
ÜBERPARTEILICHE WELLE DER SYMPATHIE FÜR DR. JOACHIM GAUCK

Am 24. Juni begrüßten SPD und Bündnis 90/Die Grünen Dr. Joachim Gauck im Hessischen Landtag. Gauck genieße über alle Parteigrenzen hinweg höchste Anerkennung, betonte Schäfer-Gümbel. Gauck bedankte sich für die Einladung nach Wiesbaden. Der Kandidat plädierte dafür, am 30. Juni einen Bundespräsidenten, der die gesamte deutsche Demokratie repräsentiere, ohne Fraktionszwang zu wählen.

Die SPD-Fraktion hatte neben den Politikern Thorsten Schäfer-Gümbel, Günter Rudolph, Andrea Ypsilanti, Nancy Faeser, Petra Fuhrmann und Heike Habermann Berthold Huber (IG-Metall), Stefan Körzell (DGB), Gabriele Scherle (Evangelische Kirche in Hessen und Nassau), Oliver Conz

(Hessische Gesellschaft für Ornithologie und Naturschutz) und Prof. Dr. Joybrato Mukherjee (Universität Gießen) in die Bundesversammlung entsandt. Diese Liste dokumentiere die breite gesellschaftliche Unterstützung des von SPD und Grünen gemeinsam nominierten Kandidaten, so der SPD-Fraktionsvorsitzende.

Bei der geheimen Abstimmung der Wahlmänner und -frauen im Hessischen Landtag hatte sich am 15. Juni ein Abgeordneter aus dem schwarz-gelben Lager enthalten. Erst das Losglück rettete die Liste von CDU und FDP. Insgesamt schickten die CDU achtzehn, die SPD elf, die FDP acht, die Grünen sechs und die Linke zwei Vertreter zur Wahl des Bundespräsidenten nach Berlin. ■



„Einen besseren Bundespräsidenten könnten wir uns nicht wünschen.“ Dr. Joachim Gauck (Mitte) mit den Fraktionsvorsitzenden von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Thorsten Schäfer-Gümbel (rechts) und Tarek Al-Wazir (links) am 24. Juni in Wiesbaden.

HESSISCHE GRÜNE FEIERN 30. GEBURTSTAG

Am 19. Juni feierten die hessischen Grünen in Rüsselsheim ihren 30. Geburtstag. „Bleibt Euch selbst treu!“, forderte der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel. Der von Bündnis 90/Die Grünen angestoßene

Veränderungsprozess habe auch in den großen Volksparteien Wirkung gezeigt. Für die Zukunft wünschte er, dass man die Gemeinsamkeiten nicht aus den Augen verliere. „Lieber mit der SPD Kröten retten als mit anderen Kröten schlucken.“ ■



FOTO: TILL HAUPT

„ICH KANN MEINE PARTEI NUR DAVOR WARNEN, SICH WEITER VON DEN AUSSAGEN VOR DER WAHL ZU ENTFERNEN, NACHDEM FRAU MERKEL STEUERSENKUNGEN SCHON ABGERÄUMT HAT.“

JÖRG-UWE HAHN (FDP) AM 15. JUNI 2010 IM INTERVIEW MIT DER HNA

MERKEL KNICKT VOR DER FDP EIN

Heftig kritisierte die SPD-Fraktion das Verhalten der Bundeskanzlerin in Sachen Opel als „politisches Armutszeugnis“. Mit ihrem Einknicken vor Wirtschaftsminister Brüderle (FDP) habe Merkel die Liberalen bis zur Bundespräsidentenwahl „ruhig gestellt“. Nachdem der US-Konzern General Motors seine Anträge auf staatliche Bürgschaften für seine Europa-Tochter Opel zurückgezogen hatte, sicherte der SPD-Fraktionsvorsitzende den Beschäftigten in Rüsselsheim umgehend zu, dass die SPD-Fraktion auch in Zukunft konstruktive Lösungen, die Standorte und Arbeitsplätze erhalten, mittrage. Der angekündigte Rückzug des Hessischen Ministerpräsidenten zum 31. August, so Schäfer-Gümbel, dürfe jetzt nicht zum Stillstand bei Opel führen. ■

IMPRESSUM

Herausgeber:
SPD-Landesverband
Hessen und SPD-Fraktion
im Hessischen Landtag

Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich),
Petra Tursky-Hartmann,
Oliver Schopp-Steinborn,
Michael Fraenkel
Ingo Kern (Praktikant)

Anschrift:
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden